

Rangliste der Pressefreiheit 2015
Kontrolle über Informationen – eine mächtige Kriegswaffe

Viele Staaten und nichtstaatliche Akteure haben die Kontrolle und Manipulation der Medienberichterstattung 2014 als Kriegswaffe eingesetzt. Diese Manipulation kann unterschiedlichste Formen von der Informationsüberflutung bis zu Nachrichtensperren annehmen. In jedem Fall schafft sie ein pressefeindliches Klima mit verheerenden Folgen für die Medienvielfalt.

Die brutale Nachrichtendiktatur der Dschihadistengruppe Islamischer Staat

Die militanten Dschihadisten der Gruppe Islamischer Staat (IS) haben in ihren Herrschaftsgebieten im **Irak** und in **Syrien** eine Informationsdiktatur errichtet. Um sich selbst zu schützen, sind Journalisten gezwungen, aus der Ferne oder aus zweiter Hand über die Ereignisse dort zu berichten. Die Folge ist eine eingeschränkte und ungenaue Berichterstattung über den Krieg in den Gebieten, in denen sich der IS breitgemacht hat.

Propaganda und Repressionen

Der IS kontrolliert seine Außenwirkung minutiös und führt neben dem militärischen auch einen medialen Krieg. Um seinen Einfluss zu verstärken, schafft er seine eigenen Propagandamedien und schaltet alle Medien aus, die seinem Kurs nicht folgen. Er kontrolliert fünf Fernsehsender im nordirakischen Mossul und zwei in der syrischen Region Rakka, außerdem den Radiosender *Al-Bayan* in Mossul sowie das Magazin *Dabik*, das online und als Print-Ausgabe in Raqqa erscheint. Diese Medien verteidigen die Ideologie des IS und verbreiten Propaganda, um Dschihadisten zu rekrutieren und die westliche Weltsicht herauszufordern.

Der Islamische Staat zögert nicht, jeden Journalisten aus dem Weg zu räumen, den er als Feind betrachtet. Weil er sich weigerte, mit dem IS zu kooperieren, wurde etwa der Kameramann Raad Mohammed al-Asawi vom Fernsehsender *Sama Salaheddin TV* am 10. Oktober 2014 im irakischen Samarra öffentlich hingerichtet. Aus Mossul sind die meisten Journalisten aus Angst vor Repressalien geflohen. In der syrischen Provinz Deir al-Sor verbreitete der IS eine Liste von elf Regeln für Journalisten, darunter völlige Loyalität zum selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi. Die Folge sind mediale „schwarze Löcher“ – ganze Regionen, aus denen eine umfassende und freie Berichterstattung unmöglich geworden ist.

Überdies hat der IS Geiselnahmen von Journalisten und anderen westlichen Ausländern zu einem blutigen Geschäft gemacht, um seine terroristischen Aktivitäten zu finanzieren. Zu den Opfern gehörten 2014 die US-Journalisten James Foley und Steven Sotloff, die beide in Syrien entführt worden waren – beide entführt in Syrien, dem Land, in dem im zurückliegenden Jahr die größte Zahl von Medienschaffenden ermordet wurde. Den seit November 2012 entführten britischen Journalisten John Cantlie zwang der IS bei seinen Versuchen der Nachrichtenmanipulation unter anderem zu einem fingierten Videobericht aus der umkämpften nordsyrischen Stadt Kobane. Darin musste Cantlie die Sicht des IS über dessen wochenlange Schlacht mit kurdischen Kämpfern wiedergeben.

Staatliche Medienoffensiven

Im **Irak** versuchte die Regierung angesichts des Vormarschs der Dschihadisten ihrerseits, die Kontrolle über die Medien zu verstärken. So schlossen die Behörden die Fernsehsender *Al-Babelija TV*, *Al-Scharkija TV* und *Al-Rafidin TV* unter dem Vorwurf, sie hätten Spannungen zwischen den Religionsgruppen angeheizt und nicht „neutral“ berichtet.

In **Syrien** kontrolliert die Regierung nicht nur die staatlichen Medien, sondern führt auch online einen Informationskrieg, indem sie mithilfe ihrer Cyber-Armee die sozialen Netzwerke mit Pro-Assad-Botschaften überschwemmt. Reporter ohne Grenzen zählt Präsident Baschar al-Assad zu den größten Feinden der Pressefreiheit weltweit. Seit dem Beginn des Aufstands gegen ihn im März 2011 hat er eine große Zahl syrischer und ausländischer Journalisten verhaften, foltern oder willkürlich festnehmen lassen und gezielte Angriffe gegen solche unerwünschten Zeugen der Unterdrückung befohlen.

Ukraine-Konflikt: Berichten unter ständiger Bedrohung

Der Krieg im Osten der **Ukraine**, der bislang sechs Journalisten das Leben gekostet hat, ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich in Krisenzeiten ein Informationskrieg entwickelt. Plünderungen von Redaktionen sowie Drohungen und Einschüchterungen gegen Journalisten haben seit Beginn des Konflikts im März 2014 massiv zugenommen.

Medien als begehrte Ziele

Am 8. Mai 2014 besetzten Vertreter der „Volksrepublik Donezk“ die Räume des regionalen Fernsehsenders *Union*, um die Arbeit der Redaktion zu „kontrollieren“. Die Kontrolle über Fernseh-Sendeanlagen ist ein zentrales Ziel der kriegführenden Parteien: Je nach den militärischen Erfolgen der einen oder der anderen Seite werden die Signale ukrainischer Sender abgeschaltet und durch die russischer Kanäle ersetzt oder umgekehrt. Auch viele andere Beispiele zeigen, dass die Medien zu den wichtigsten Zielen in diesem Krieg gehören.

Russlands Propaganda trägt direkt zur Verschärfung des Konflikts bei, indem sie den Menschen im Osten der Ukraine suggeriert, dass von Kiew tödliche Gefahr ausgehe. Im

Gegenzug ist die Versuchung für die Regierung in Kiew groß, ihre Kontrolle über Nachrichten und Informationen zu verstärken. Ein Beleg dafür – und ein erheblicher Rückschritt – ist die Schaffung eines ukrainischen Informationsministeriums, das die russische Propaganda bekämpfen soll. Mittlerweile sind in der Ukraine die wichtigsten russischen Fernsehsender verboten, und russische Journalisten werden oft an der Grenze abgewiesen.

Lokale Medien in exponierter Stellung

Angesichts der Intensität des Informationskriegs und der damit einhergehenden Propagandaflut betrachten die Menschen im **Osten der Ukraine** die lokalen Medien oft als die zuverlässigsten Informationsquellen. Umso wichtiger sind sie für die Separatisten geworden, die sich um die Unterstützung der Bevölkerung bemühen. Da diese Medien mitten im Leben im Konfliktgebiet stehen, können sie eine wichtige Rolle als Informationsquelle für die Menschen dort spielen, sind deshalb aber umso mehr dem Druck bewaffneter Milizen ausgesetzt.

Seit Beginn des bewaffneten Konflikts im April 2014 haben sich Teile der Regionen Donezk und Lugansk zu medialen Grauzonen entwickelt. Stets unter Verdacht und unter Druck, die eine oder andere Kriegspartei zu unterstützen, arbeiten Journalisten in einem Klima ständiger Bedrohung. Viele sind gezwungen, sich selbst zu zensieren, sich zu verstecken oder aus der Region zu fliehen.

Palästinensergebiete: Medien zwischen allen Fronten

Im siebenwöchigen Gaza-Krieg im Sommer 2014 wurden 15 Journalisten und Medienmitarbeiter getötet. **Israels** Militäroffensive löste einen neuen Informationskrieg aus, der sowohl über die traditionellen Medien als auch über soziale Netzwerke geführt wurde.

Zensur und Propaganda

Während der Offensive verschärften die israelischen Behörden ihre Kontrolle über die Inhalte der Medien im eigenen Land. So verbot die Rundfunkaufsicht am 24. Juli die Ausstrahlung eines Fernsehspots der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem, in dem die Namen von 150 in Gaza getöteten Kindern genannt wurden.

Die im **Gazastreifen** herrschende Hamas wiederum konnte zur Verbreitung ihrer Propaganda auf die Internetseiten ihres bewaffneten Arms zählen, der Kassam-Brigaden. Sie gaben die Zahlen abgefeuerter Raketen an und veröffentlichten Videos von Angriffen auf die israelische Armee. Die Kassam-Brigaden unterhalten auch eine Website auf Hebräisch für ihre psychologische Kriegführung gegen die israelische Bevölkerung.

Einigen – lokalen wie auch ausländischen – Medien und Journalisten wurde vorgeworfen, sie hätten voreingenommen über die israelische Offensive berichtet. Der US-Fernsehsender *NBC* beschloss deshalb am 17. Juli, seinen ägyptisch-amerikanischen Korrespondenten Ayman Mohyeldin aus Gaza abzuziehen. Anlass war ein Bericht über vier von israelischen Raketen getötete palästinensische Kinder, der als zu pro-palästinensisch kritisiert wurde.

Im Visier von Hamas und Autonomiebehörde

Auch wenn sie nicht gerade das Ziel der israelischen Armee sind, werden palästinensische Journalisten oft zu Opfern der politischen Rivalitäten zwischen der **Palästinensischen Autonomiebehörde** und der **Hamas**.

Berühren Medien Tabus wie Religionsfragen, die Person des Präsidenten oder Korruption, lässt die Reaktion der palästinensischen Behörden nicht lange auf sich warten. Sie kann von einem Anruf bei dem unbotmäßigen Journalisten bis zu seiner Verhaftung reichen. Einige Fernsehsender müssen ihre Programme sogar vor der Ausstrahlung dem Geheimdienst vorlegen. Das Gefühl, ständig unter Beobachtung zu stehen, erzeugt Angst und führt zu Selbstzensur.

Deshalb hat sich das Internet zu dem Ort entwickelt, an dem sich vor allem junge Palästinenser ausdrücken. Allerdings wird das Netz von den Sicherheitskräften sowohl der Autonomiebehörde als auch der Hamas genau auf unliebsame Kommentare überprüft. Das einzige Thema, das Journalisten und Internetnutzer frei kritisieren können, ist die israelische Besatzung.

Informationen – Streitgegenstand in allen Konflikten

Im **Südsudan**, wo ein „patriotischer“ Journalismus sehr angeraten ist, wies Informationsminister Michael Makuei im März 2014 Journalisten in der Hauptstadt Juba an, keine Mitglieder der Opposition zu interviewen. Andernfalls könnten sie wegen „feindlicher Propaganda“ verhaftet oder ausgewiesen werden. Journalisten, so Makuei, müssten „eine neutrale Position einnehmen, die die Bevölkerung nicht gegen die Regierung aufbringt“.

In **Thailand** wurden Nachrichtenmedien und Internet zensiert, um den Putsch der Armee im Mai 2014 zu unterstützen. Am 20. Mai drangen Soldaten in mindestens zehn Fernsehsender ein und wiesen sie an, den Sendebetrieb zu stoppen, damit keine „verzerrten“ Berichte verbreitet würden. In **Afghanistan** hat der Hass der Taliban auf die Medien nicht nachgelassen. Die Islamisten setzten unabhängige Medien nach wie vor unter starken Druck, ihre Propaganda zu verbreiten und sich selbst zu zensieren.